

Die Anlagen zu den Motiven zum Socialisten-Gesetz.

Anlage A.

I. Statuten der internationalen Arbeiter-Association.

London, September 1864.

In Erwägung: daß die Emancipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß, daß der Kampf für die Emancipation der arbeitenden Klassen nicht einen Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft bedeutet; daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des socialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet; daß deshalb die ökonomische Emancipation der arbeitenden Klassen das erste Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel untergeordnet sollte; daß alle auf dieses große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emancipation der Arbeit weder ein locales, noch ein nationales, sondern ein sociales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existirt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittenen Länder abhängt; daß das gegenwärtige Wiederaufleben der arbeitenden Klassen in den gewerbetreibenden Ländern Europas, während es neue Hoffnungen regt, eine feierliche Warnung vor einem Rückfalle in alte Fesseln enthält und ein unmittelbares Bündniß der noch getrennten Bewegungen erfordert, aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeitercongreß, daß die internationale Arbeiter-Association und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit als die Grundlage ihres Verhaltens unter einander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Nationen, Völkern oder Nationalität anerkennen. Der Congreß betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht für sich selbst, sondern für Jedermann, der seine Pflicht thut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

II. Statut des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Leipzig, Mai 1863.

1. Unter dem Namen „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“ vereinigen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine und directe Wahlrecht eine genügende Vertretung der socialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Befreiung der Arbeiterklasse in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, durch friedlichen und legalen Wege, insbesondere durch das Gewinnen der politischen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts zu wirken.

III. Eisenacher Programm.

Eisenach, August 1869.

1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Wahlrechts. 2. Jedes Mitglied der socialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze: 1. Die heutigen politischen und socialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen. 2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft. 3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters vom Capitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form und es erstrebt deshalb die socialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Productionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsentrag für jeden Arbeiter. 4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die sociale Frage ist untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat. 5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die socialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen. 6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine locale noch nationale, sondern eine sociale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen eine moderne Gesellschaft giebt, umfaßt, betrachtet sich die socialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinseigenschaft gestattet, als Zweig der internationalen Arbeiter-Association, sich deren Bestrebungen angeschlossen. 7. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der socialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen: 1. Einleitung des allgemeinen gleichen directen und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeinderäte, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeinderäte. 2. Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk. 3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und des Geschlechts. 4. Einführung der Volkswahl an Stelle der stehenden Heere. 5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche. 6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten. 7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgerichtswesen, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege. 8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Coalitions-Gesetze; Einführung des Normalarbeitsgesetzes; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. 9. Abschaffung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen directen progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer. 10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatscredit für freie Productivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

IV. Gothaer Programm.

Gotha, Mai 1875.

1. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur, und da der Mensch nützliche Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so giebt der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsvermögen, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernünftigen Bedürfnissen. 2. In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Capitalisten; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Grundlage des Elends und der Knechtschaft in allen Formen. 3. Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der gemeinsamen Arbeit mit gemeinsinniger Verwendung und gerechter Verteilung des

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reactionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Verbrechung des ehrernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Befreiung aller socialen und politischen Ungleichheit.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselben den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der socialen Frage anzubahnen, die Errichtung von socialistischen Productivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Controle der arbeitenden Volks. Die Productivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in jedem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die socialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, directes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
2. Directe Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrpflichtigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahme-Gesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.
7. Die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:
1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirecten Steuern.
3. Unbeschränktes Coalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Vergewerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfe- und Unterstützungskassen.

V. Genter Manifest.

Gent, September und October 1877.

In Folge des allgemeinen Socialistencongresses, der vom 9. bis 15. September d. J. in Gent abgehalten wurde, haben die Delegirten der socialistischen Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens eine allgemeine Union der socialistischen Partei constituirte und nachstehenden Pakt unterzeichnet:

„In Erwägung, daß die sociale Emancipation von der politischen untrennbar ist; „in Erwägung ferner, daß das Proletariat als selbstständige, mit allen von den bestehenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisiert, jedes politische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann; „in Erwägung, daß der Kampf gegen jede Klassenherrschaft weder local noch national, sondern universell ist und daß der Erfolg von der Verständigung und dem Zusammenwirken der Organisation der verschiedenen Länder abhängt; haben die Delegirten des zu Gent tagenden allgemeinen Socialistencongresses beschlossen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben. Zu diesem Zwecke wird ein Bundesbureau gebildet, welches bis zum nächsten Congreß seinen Sitz in Gent hat, dem auch die Aufgabe überlassen wird, den nächsten Congreß einzuberufen und zu demselben die bezüglichen Vorarbeiten zu machen. Alle Organisationen, welche dem gegenwärtigen Pakt beigetreten sind oder beitreten werden, sind gebeten, ihre Zeitungen und sonstigen Publicationen regelmäßig dem Bundesbureau zuzusenden. Wir verkünden die Nothwendigkeit der politischen Action als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volksbildung und der Gruppierung (Organisation).

Die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation muß gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die wir verfügen, bekämpft werden. Die Politik, die Gesetzgebung, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten bilden eine dieser Seiten, und die Reform der Gesetze, die Entsendung von Socialisten in die Parlamente, die Wahllegation, öffentliche Kundgebungen zur Erlangung ökonomischer, politischer, bürgerlicher Rechte, sind ebenso viele Waffen, die es eine Thorheit wäre in den Händen unserer Feinde zu lassen. Weg drum mit der politischen Enthaltung! In allen Ländern, wo die Arbeiter das Recht haben, an den Wahlen Theil zu nehmen, müssen sie sich als politische Partei constituiren, um in die Parlamente und Gemeinderathen Delegirte zu schicken; und in den Ländern, wo die Arbeiter das Wahlrecht nicht haben, müssen sie Alles aufbieten, um sich dieses Recht zu erringen.

Ist das Parlament nicht eine Tribüne, von welcher herab der socialistische Abgeordnete zu dem ganzen Lande spricht, und so das Bürgerthum und die Arbeiter sich mit der socialen Frage zu beschäftigen zwingt? Und die Wahlbewegung, die öffentlichen Discussionen über die socialistischen Candidaturen — bringen sie nicht die sociale Frage vor die ganze Gesellschaft, selbst wenn der socialistische Candidat unterliegt? Und verdammt nicht die deutsche Socialdemokratie wesentlich dem Umstande, daß sie auf allen Gebieten: dem der Politik, der Wissenschaft, der Oekonomie u. s. w., den Kampf führt, ihre großartige Organisation, die geistige Regsamkeit, durch welche sie sich auszeichnet?

Alle unabhängigen und denkenden Menschen wollen, daß die Unwissenheit auf immer ausgerottet werde, daß die Ungerechtigkeit und das Privilegium von dieser Erde verschwinden, daß Elend und Hunger nicht mehr das Loos derjenigen seien, welche arbeiten, und Wohlbehinden und Ueberschuß nicht mehr das Loos derjenigen, die nichts produciren.

Wohlan, um zu dieser Lage zu gelangen, welche das große Ziel des modernen Socialismus ist, müssen die lebenden Geschlechter — das ist ihre heilige Pflicht — die Hindernisse beseitigen, die Schranken, welche den Weg absperrten, niederwerfen, und provisorische Einrichtungen, welche uns dem Ziele näher bringen, begründen oder annehmen.

Der Socialismus soll nicht bloß eine reine Theorie, eine Speculation über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft sein, sondern er soll eine lebende und reelle Sache, soll sich kümmern um die thatsächlichen Bestrebungen, um die unmittelbaren Bedürfnisse, um die täglichen Kämpfe der arbeitenden Klasse gegen die Monopolisten der gesellschaftlichen

Capital, welche auch die Monopolisten der gesellschaftlichen und staatlichen Gewalt sind.

Der Bourgeoisie ein politisches Vorrecht entreißen; bisher isolirte Arbeiter in Associationen organisiren; durch Arbeitseinstellungen oder Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitsstunden erwirken — das heißt ebenso gut an dem Bau der neuen Gesellschaft arbeiten, als wenn man tiefstinnige Nachforschungen über die gesellschaftlichen Einrichtungen der Zukunft anstellt.

Mögen die Arbeiter, die noch nicht gruppiert sind, sich zusammenschließen und organisiren! Mögen die, welche bloß auf ökonomischem Gebiet organisiert sind, in die politische Arena herabsteigen. Sie finden dort die nämlichen Gegner, das nämliche Ringen; und jeder Sieg, der auf dem einen Kampfsplatz erröthen wird, ist das Signal eines Triumphs auf dem andern.

Möge bei jedem Volle die Klasse der Entworfenen sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei constituiren, und möge diese socialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der socialistischen Partei aller übrigen Länder!

Es gilt den Kampf um all' eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien!

Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!

Anlage B.

Gent Bericht

über Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland, berlesen auf dem Socialisten-Congresse zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876.

(Auszug, entnommen aus dem gedruckten Protokoll des Congresses.) Der vorjährige, in Gotha zusammengetretene Congreß, berufen, die Einigung der deutschen Socialdemokratie zu bejahen, hat zur Leitung der dort geschaffenen Partei einen Vorstand aus fünf Personen ernannt, dessen Aufgabe es war, die inneren Angelegenheiten der Partei zu ordnen, letztere durch zweckentsprechende Maßregeln einzuführen und durch praktische Anwendung der Parteimittel für deren Ausbreitung und Stärkung zu sorgen. Obwohl nun der gegenwärtige Congreß eigentlich nicht mit der Partei zu thun hat, so glaube ich doch, daß die Herren Delegirten ein gewisses Interesse daran nehmen werden, wenn ich als Mitglied dieses Vorstandes Ihnen ein Bild der Thätigkeit desselben vorführe.

Der Vorstand constituirte sich am 8. Juni 1875 und wurden von diesem Tage ab die geeigneten Maßnahmen getroffen, welche uns nothwendig erschienen, um den über ganz Deutschland zerstreuten Parteigenossen die Möglichkeit zu geben, durch die Entrichtung des Parteibeitrages ihre Mitgliedschaft zu bekunden. Die Organisation der neuen Partei vollzog sich sehr schnell und fanden die ersten Maßnahmen des Vorstandes allgemeine Zustimmung.

Als Hauptverwaltungsmarine wurde festgesetzt, wöchentlich mindestens zwei Mal Sitzungen abzuhalten und alle Briefe etc., soweit dies nothwendig, durch die Secretäre möglichst sofort zu beantworten, nachdem in der ersten Sitzung nach Ankunft des Briefes die Antwort darüber vereinbart worden. Die Folge dieser Maxime war, daß von keiner Seite Beschwerden über die Geschäftsführung des Vorstandes an die Control-Commission gelangten. Der Vorstand hat während der Zeit seines Bestehens 127 Sitzungen und außerdem eine Reihe von Conferenzen abgehalten, und sind von Seiten des Secretariats 11,247 Briefe und sonstige Sendungen abgegangen und 3932 Briefe und Sendungen empfangen worden. Bei dem Kassirer gingen 3700 Sendungen ein und 900 wurden von demselben expedirt.

Will man die Wirksamkeit der Partei recht beurtheilen, so ist es vor Allem nothwendig, einerseits die Mittel zu beachten, welche dieselbe aufgebracht, und andererseits die agitatorische Thätigkeit ins Auge zu fassen, welche seitens der Partei entfaltet worden ist.

Die Jahresbilanz der Parteikasse weist folgende Zahlen auf:

General-Bilanz vom 8. Juni 1875 bis 16. August 1876.

Parteikasse.

Einnahme.

a) Beiträge .....	23433,46 M.
b) Agitationsfonds .....	7278,91 "
c) Protokolle und Bücher ..	993,80 "
d) Vom „M. Soc.-Dem.“ ..	4991,45 "
e) Vom „Agitator“ .....	454,50 "
f) Aus dem Wahlfonds .....	3261,44 "

Ausgabe.

a) Verwaltung u. Agitation ..	39640,98 M.
b) An den Wahlfonds .....	772,60 "

40413,56 M. 40413,56 M.

Unterstützungsfonds.

Einnahme .....	9552,68 M.
Zufuß an den Wahlfonds ..	206,27 "
Deficit (Vortrag) .....	458,34 "
Ausgabe .....	10217,29 M.

10217,29 M. 10217,29 M.

Wahlfonds.

Einnahme .....	7269,06 M.
Aus der Parteikasse .....	772,60 "
Ausgabe .....	4573,95 M.
An die Parteikasse .....	3261,44 "
An den Unterstützungsfonds ..	206,27 "

8041,66 M. 8041,66 M.

Gesamt-Abschluß.

Gesamt-Einnahme .....	53973,85 M.
Gesamt-Ausgabe .....	54432,20 M.
Deficit .....	458,34 M.

54432,20 M. 54432,20 M.

Außerdem sind nachträglich vom Berleger des „Wähler“ dem Wahlfonds 4330,97 M. baar überwiesen worden.

Was die vorstehenden Einnahmen betrifft, so muß festgehalten werden, daß unter den hier angegebenen Summen, mit Ausnahme der Gelder vom „Wähler“, nur diejenigen Gelder gezahlt sind, welche dem Vorstand von den Parteigenossen entweder als Parteisteuern oder als freiwillige Beiträge zur Verfügung gestellt wurden. Es ist indeß gewiß nicht zuviel gesagt, wenn behauptet wird, daß eine mindestens dreimal so große Summe von den Parteigenossen an den verschiedenen Orten aufgebracht wurde, um damit an den einzelnen Orten oder in deren nächster Umgebung zu wirken.

Bedenkt man, daß diese Summen fast ausnahmslos nur von Arbeitern aufgebracht worden sind, welche unter dem Druck der capitalistischen Productionswesen und der jetzt allgemein herrschenden Geschäftskrise kaum das Nöthige verdienen, um ihren und ihrer Familien Lebensunterhalt zu erwirken, so muß man über diese Opferwilligkeit staunen, und sind diese Zahlen wohl die beste und treffendste Antwort auf den Vorwurf unserer Gegner, wie ihn besonders Heinrich v. Treitschke erhoben und wie ihn liberale und conservativ-blätter gebrauchlos nachschwärmten, den Vorwurf, daß den Socialdemokraten jedes Ideal fehle und daß nur brutale Rohheit ihr besonderes Merkmal sei. Arbeiter, welche im Laufe von 14 Monaten 60,000 M. sich am Rande absparen, auf daß die Agitation für ihre politischen und socialen Grundbedürfnisse kräftig gefördert werden kann, als jeden Ideals baar hinzustellen, um dies fertig zu bringen, muß man deutscher Professor à la Treitschke oder Bourgeois-Zeitungs-schreiber sein.

In Bezug auf die Agitation wurde folgendes Verfahren innegehalten: Erstens wurde eine Anzahl dazu besonders geeigneter Parteigenossen gewonnen, um als Rändige Agitatoren mit vollem Gehalte ihrer Dienste der Partei zu widmen. Solche Agitatoren wurden von Anfang an sechs angestellt, und hat die Partei augenblicklich deren acht. Aufgabe dieser Genossen ist es, an einem bestimmten, vom Vorstand auszuwählenden Orte ihren Wohnsitz zu nehmen und dort, sowie in der Umgebung für die Partei thätig zu sein. Die Sitze dieser Agitatoren sind in der Weise gewählt, daß dieselben ihre Thätigkeit fast über alle jene Orte und Gegenden Deutschlands ausdehnen



Können, wo die Socialdemokratie Anhänger und Freunde hat und wo sie den bevorstehenden Reichstagswahlen Aussicht ist, daß unsere Partei Erfolge zu erzielen vermag. Die ständige Agitation der Agitatoren werden auch regelmäßig benutzt, wenn es sich darum handelt, nach der einen oder andern Richtung hin eine größere Agitation zu unternehmen.

Neben den vollbesetzten Agitatoren werden an 14 Parteigenossen größere oder kleinere monatliche Zuschüsse im Betrage von 25—75 M. gezahlt, für welche die betreffenden Genossen die Partei an ihrem Ort zu leiten haben, außerdem aber auch in der Umgegend ab und zu Versammlungen abhalten oder, wenn ein Agitator in jene Gegend kommt, für die dadurch notwendig werden Vorarbeiten zu sorgen haben.

Außer diesen durch die Parteikasse mehr oder minder entschädigten Parteigenossen stehen der Partei als fast durchweg vollbesetzte und in Folge dessen vollständig unabhängige Agitatoren noch 46 Beamte (Redacteure, Expedienten etc.) zur Verfügung, von denen 37 auf die verschiedenen Localblätter kommen, so daß wir im Ganzen 54 vollbesetzte und 14 zum Theil besetzte, der Rede vollständig mächtige Agitatoren haben.

Zu dieser stattlichen Zahl von Agitatoren kommen noch 77 Redner, von welchen jeder einzelne sich jedem Gegner gegenüberstellen kann, welche aber in keinem anderen Verhältnis zur Partei stehen, als daß sie brave Parteigenossen sind und sich in den verschiedenen Lebensstellungen ihr Brot verdienen. Die Partei verfügt also über 145 wohlgeschulte Redner, welche alle bereits die Feuerprobe in Versammlungen schon bestanden und durch ihren Eifer und ihre Gewandtheit den verschiedenen Gegnern bei Gelegenheit der bevorstehenden Wahltagung manche harte Nuß aufzubeißen geben werden.

Wenn nun trotz dieser großen Zahl von Agitatoren und der Unmasse von Versammlungen, welche allwöchentlich in allen Ecken Deutschlands abgehalten werden, die offiziellen Organe der Partei weniger als Versammlungen berichten, als dies früher der Fall war, so liegt dies daran, daß die meisten Agitationsbezirke sich auf ein in demselben erscheinendes Localblatt stützen und die Berichte über stattgehabte Agitation in Folge dessen den Localblättern zugehen und nur in den seltensten Fällen aus denselben in die Hauptblätter übergehen. Wenn hier und da Klagen laut wurden, daß die Agitation im Laufe des letzten Jahres sich hauptsächlich darauf beschränkte, bereits der Socialdemokratie zugängliche Territorien zu bearbeiten und bis jetzt noch unbenutzte Landstriche, wie Dispreußen und Pommern, auch in diesem Jahre wenig berücksichtigt wurden, so muß darauf hingewiesen werden, daß wir erstens während des ganzen abgelaufenen Jahres schon stets bei der Agitation auf die bevorstehenden Reichstagswahlen Rücksicht nehmen mußten, und es in Folge dessen unsere Pflicht war, die vorhandenen Mittel für jene Gegenden anzuwenden, wo uns Erfolge in Aussicht, ja so ziemlich sicher sind, zweitens aber darf nicht vergessen werden, daß die obengenannten Landstriche als die politisch und social zurückgebliebensten in ganz Deutschland zählen, und daß schon aus diesen Gründen die Socialdemokratie, welche mit ihren Grundbegriffen nur dort auf Verständnis rechnen kann, wo in Folge der gesellschaftlichen Entwicklung die Bourgeoisie sich den Boden für sie bereitet hat, daselbst auf keine allzu günstige Aufnahme zu rechnen hat. Außerdem ist zu beachten, daß gerade im letzten Jahre die Reaction in Preußen mit einer Rücksichtslosigkeit auftrat, wie sie früher in früheren Jahren sich nie gezeigt. Hätten wir nun mit Nachdruck den Muthoden für die preussischen Kernregimente forciren wollen, so war vorauszusetzen, daß die Reaction diesen ihr heiligen, ihre letzte Stütze bildenden Boden mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen würde. Wer nun weiß, was Alles als Mittel der Reaction gilt, wer die in letzter Zeit besonders gegen uns, die Socialdemokraten, betriebene Gesandtschaftsreise verfolgt, der wird sich klar darüber sein, daß es das Aufgebot aller unserer Kräfte bedurft hätte, um in jenen Gegenüber Eingang zu finden und den einmal eroberten Boden zu behaupten. Daß aber ein solcher Kampf nicht aufgenommen werden konnte angesichts der bevorstehenden Wahlen und der Thatsache, daß wir unsere Mittel in den sicheren und Erfolg versprechenden Wahlkreisen voll und ganz brauchen werden, darüber sind wir uns wohl alle einig.

Wenn von der Agitation die Rede ist, so muß selbstverständlich auch der Stand und die Stärke unserer Presse in Betracht gezogen werden. Es ist ein alter Grundsatz, daß je besser eine Partei in der Presse vertreten, desto größer ihr Einfluß und desto höher sie selbst anzufragen ist. Diesen Grundsatz als richtig angenommen, und es spricht nichts gegen seine Richtigkeit, können die Socialdemokraten Deutschlands mit Stolz auf das vergangene Jahr und die während desselben erzielten Erfolge auf dem Gebiete der Zeitungs- und Literatur zurückblicken. Seit Constituirung der Partei, also während eines Zeitraumes von vierzehn Monaten, wurden von unseren Genossen nicht weniger als 12 politische und ein belletristisches Organ, die „Neue Welt“ ins Leben gerufen. Die deutsche Socialdemokratie verfügt also jetzt über 23 politische Organe und ein Unterhaltungsblatt mit zusammen fast 100,000 Abonnenten. Von diesen 23 Blättern erscheinen acht wöchentlich sechs Mal, acht wöchentlich drei Mal, drei wöchentlich zwei Mal, drei wöchentlich ein Mal.

Von diesen Blättern werden einschließlich des Unterhaltungsblattes fünfzehn in von den Parteigenossen der betreffenden Orte gegründeten Genossenschaftsdruckereien hergestellt. Neben unseren Zeitungen hat der Volksgenossenschaftsdruckerei ein Umfang gewonnen, so daß die Zahl der im Volke verbreiteten Broschüren nach Hunderttausenden zählt. Auch der von der Partei herausgegebene Kalender fand sehr guten Absatz, und wurde derselbe in einer Gesamtauflage von 40,000 verkauft, davon abzüglich die paar Hundert Exemplare, welche als Conditio in den Händen der Polizei verblieben. So sehen wir auf allen Gebieten die socialistische Propaganda immer mehr an Boden und Einfluß gewinnen, und von dem so vielfach ausgeschrien „Rückgang“ der Socialdemokratie ist nichts übrig geblieben, als Schreien in allen uns feindlichen Lagern vor der Stärke und Macht unserer Partei. Als besonders bezeichnend für das stetige Wachstum unserer Partei können die vier Nachwahlen zum Reichstag in Rauenburg, Leipzig, Hannover und Stuttgart gelten. Bei allen vier Wahlen errang die Partei eine bedeutend höhere Stimmenzahl, als bei den allgemeinen Wahlen im Winter 1874.

Das zu all' diesen Erfolgen die voriges Jahr stattgehabte Vereinigung der deutschen Socialdemokratie wesentlich mit beigetragen hat, ist eine unbestreitbare Thatsache. Diese Vereinigung ist eine der wesentlichsten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung, und es ist deshalb um so unverzeihlicher, wenn einzelne Personen, von blindem Ehrgeiz getrieben, diese Errungenschaften wieder zu zerstören suchen. Daß aber die Versuche, in die deutschen Socialisten wieder den Keil der Zwietracht zu treiben, vollständig verunglückt sind, zeigt für den gesunden Sinn der deutschen Arbeiter und berechtigt zu der Hoffnung, daß in Zukunft die deutschen Socialdemokraten gegen alle Strömungen, mögen dieselben von außen oder innen kommen, gewappnet dastehen und somit alle Speculationen ihrer Feinde zu Schanden werden. Wenn ich die in diesem Jahre den deutschen Socialdemokraten gegenüber stattgehabten Verfolgungen noch erwähne, so geschieht es nur, um zu constatiren, daß uns gegenüber, besonders was die beiden Staaten Preußen und Bayern anbelangt, von einem Vereinsrecht nicht mehr die Rede sein kann. An Stelle des Rechts ist vielfach die Willkür getreten, eine Willkür, welche bei allen unsern Gegnern volle und ganze Unterstützung findet. Nicht die bestehenden reactionären Vereinsgesetze in Preußen und Bayern sind es, über welche wir uns beklagen, denn die Socialdemokraten fügen sich den bestehenden Gesetzen, wenn dieselben auch noch so sehr zu unsern Ungunsten sprechen; unsere Willkämtheit richtet sich da nur auf Agitation für gesellschaftliche Befreiung und reactionärer Machwerke. Wogegen wir aber protestiren, das ist die tendenziöse reactionäre Manier, mit welcher die bestehenden Gesetze gegen uns angewendet werden, während sie anderen politischen Parteien gegenüber nur in der loyalsten Weise Anwendung finden. Wir verlangen gleiches Recht für Alle, sind aber leider in der Lage, constatiren zu müssen, daß die deutsche Socialdemokratie in Preußen und Bayern auf dem Gebiet des Vereinslebens geradezu rechtlos dasteht. Um nur ein Beispiel anzuführen sei hier erwähnt, daß die famose Schließung der socialistischen Arbeiterpartei in Preußen schon unterm 30. März d. J. erfolgte, bis heute aber noch keine Anlage gegen die Beteiligten erfolgt ist. Während dieser Zeit aber ist den Mitgliedern dieser Partei in Preußen nicht nur die Möglichkeit genommen, sich in irgend einer Weise als Parteigenossen zu betheiligen, nein, sie dürfen sich auch nicht in einen localen politischen Verein zusammenschließen, wollen sie sich nicht der Gefahr aussetzen, von einem strebsamen Staatsanwalt wegen Fortsetzung eines geschlossenen Vereins unter Anklage gestellt und von „unabhängigen“ Richtern zu exemplarischen Strafen verurtheilt zu werden. Dieser Zustand erhält aber erst seine volle Bedeutung, wenn man weiß, daß in diesem selben Preußen die früheren Mitglieder der socialistischen Arbeiterpartei zu Goldlauter vom Appellgericht zu Rauenburg von der Anklage wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz durch ihre Betheiligungen an der Partei freigesprochen wurden. Diese Parteigenossen aber dürfen sich an der Partei nicht betheiligen, trotz dem freisprechenden Erkenntnis der Richter in Rauenburg, und dies bloß, weil es der Reaction in Berlin, als deren Verförpser Herr Tessenborn uns sichtbar erscheint, gefällt, der Socialdemokratie gegenüber eine Art Belagerungszustand auf-

recht zu erhalten. Zur Kennzeichnung der Art und Weise, mit welcher über die angeklagten Socialisten Recht gesprochen wird, sei nur auf die Urtheile gegen unsere Genossen Hadenberger vor dem Kreisgericht in Saarbrücken, Rottmann, Franz und Köller vor dem Bourgeois-Geschworenengericht in München, Sade in Chemnitz und Schumacher in Berlin, hingewiesen, Fälle, die würdig sind, neben das Urtheil gegen unseren Freund Most und den Leipziger Hochrathspräsidenten gestellt zu werden.

Der Kiese Proletariat beginnt immer mehr sich zu beleben und zur Erkenntnis seiner Lage zu gelangen. Die nun schon ins vierte Jahr andauernde Geschäftskrise, die immer offener und unerbittlicher hervortretenden reactionären Gesetze unserer Staatsleiter, die ständige Kriegsgefahr, in der wir leben, dies alles wirkt zusammen, um dem Volke zu zeigen, was es von den 22 erwarten hat, welche bis jetzt seine Geschicke geleitet, und treibt es an, nach anderen Parteien und Hilfsmitteln sich umzusehen. Wenn auch nicht behauptet werden kann, daß das ganze Volk unter unsern Banner sich stellen wird, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß Tausende und aber Tausende, die bei der letzten Wahl ihre Stimme noch gegen uns abgaben, dieses Mal für die Candidaten der Socialdemokratie stimmen werden.

Wie bereits erwähnt und wie den Genossen ja auch bekannt, ist für Preußen die Partei-Organisation unmöglich gemacht. Ob dieser vorläufige Beschluß durch Richterspruch zu einer dauernden Auflösung führen wird, läßt sich zwar heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, indeß nach den Erfahrungen, welche wir bis jetzt gemacht und nach der Tendenz zu schließen, welche in den meisten Staaten in Deutschland und vor allen in Preußen vorberichtet, kann wohl mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die vorläufige Schließung zu einer definitiven führen wird, und daß deshalb eine Organisation in der Form, wie wir sie bis jetzt gehabt, kaum mehr denkbar sein dürfte. Es ist zwar Thatsache, daß unsere preussischen Parteigenossen mit peinlichster Genauigkeit darauf achten, die vielen Klippen und Abgründe des preussischen Vereinsgesetzes zu umschiffen, um so gegen die Vorschriften desselben nicht zu verstoßen, und es dürfte auch Herrn Tessenborn schwer fallen, einen directen Beweis für irgend eine Uebertretung des Vereinsgesetzes seitens unserer preussischen Vereinsgenossen beizubringen. Inbezug nach Lage der Sache und nach den bekannten Obertribunalsbeschlüssen bedarf es keines directen Beweises, sondern nur der subjectiven Ueberzeugung der Richter, daß gegen das Gesetz verstoßen wurde, und ein verurtheilendes Erkenntnis erfolgt — und wer bezweifelt wohl, daß die Mitglieder der bekannten VII. Deputation des Berliner Stadtgerichts diese Ueberzeugung nicht mehr für notwendig erachten werden? Die Sachlage ist einfach die: die preussische Regierung will nicht, daß innerhalb ihrer Reichthümer eine Organisation socialistischer Arbeiter existire, und um diesen ihr Willen durchzusetzen, sind ihre Organe angewiesen, jede dieser Organisationen auf's Schärfste zu überwachen und wenn irgend „thunlich“ dieselben zu zerstören, und daß dieses „thunlich“ eintrete, dafür sorgen die Staatsanwälte und die mit ihnen verbundenen und betrunkenen Organe. Und damit volle Freude im Jreuel werde, geben liberale und conservativ Blätter ihre volle und freudige Zustimmung zu dieser etwas eigenthümlichen Praxis, dem Staatsbürger die Lehre von der Gleichheit Aller vor dem Gesetz anschaulich zu machen.

Die Organisation der Partei im Allgemeinen wie zu den Wahlen im Besonderen wird also wesentlich mit zu den Aufgaben des Congresses gehören. Der Vorstand der Partei hat trotz den ungemeinen Schwierigkeiten, die sich diesem Streben entgegenstellten, stets danach getrachtet, die Centralisation der Partei aufrecht zu erhalten und soweit dies unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, ist dies auch gelungen. Ob und wann anerkannt werden, daß die Parteigenossen aller Orts den Vorstand in diesem seinen Streben unterstützten und so alle Schläge unserer Gegner an unserer Einigkeit und unserem festen Zusammenhalten scheiterten. Das offizielle Band, das uns alle umschlang, ist von rauher Hand zerrißen, aber trotzdem bindet uns fest und unlöslich das Bewußtsein, einer gemeinsamen großen Sache zu dienen, der Sache des Proletariats, des armen, enterbten Volkes.

**Zweiter Bericht**

über Gang und Stand der socialistischen Agitation in Deutschland, verlesen auf dem Socialisten-Congresse zu Göttingen vom 27. bis 29. Mai 1877. (Auszug, entnommen aus dem gedruckten Protokolle des Congresses.)

Zu den Erfolgen, welche wir zu verzeichnen haben, hat neben der mündlichen Agitation wesentlich unsere Presse mit beigetragen. Zunächst muß hier der auf Grund eines vorjährigen Congress-Beschlusses erfolgten Verschmelzung der beiden früheren Centralorgane, „Neuer Socialdemokrat“ und „Volkswacht“ Erwähnung gethan werden. Derselbe vollzog sich ohne besondere Anstände und gelang es durch vereintes Zusammenwirken der für Berlin entlassenen Ausfall zu deden und auszugleichen. Das neu ins Leben gerufene Centralblatt, „Vorwärts“ erregte sich der besten Aufnahme, und konnte daselbst kurz nach seinem Bestehen seinen Lesern die gewöhnliche Mittheilung machen, daß die Zahl der Abonnenten über 12,000 betrage.

Neben dem „Vorwärts“ bestehen in Deutschland noch 41 socialistische Blätter, ein ebenfalls socialistisch gehaltenes belletristisches Blatt: „Die Neue Welt“ und 14 Genossenschaftsorgane, welche letztere mehr oder minder ebenfalls im Geiste des Socialismus gehalten sind. Von den 41 politischen Organen der deutschen Socialdemokratie erscheinen 13 wöchentlich sechs Mal, 13 wöchentlich drei Mal, 3 wöchentlich zwei Mal, 1 wöchentlich ein Mal. 25 dieser Blätter werden in von Parteigenossen begründeten Druckereien hergestellt, deren derzeit vierzehn in Deutschland existiren. Ein Vergleich der socialistischen Zeitungs- und Literatur mit dem Vorjahr zeigt uns eine Zunahme von 18 Blättern im Laufe der letzten 9 Monate. Der Auswuchs unserer Presse ist deshalb ein geradezu großartiger zu nennen, zumal dieselbe nicht bloß in Bezug auf die Zahl der Blätter zugenommen, sondern sich, und das ist das Wesentlichste, in Bezug auf Abonnenten mindestens verdoppelt hat. Wenn auf dem vorjährigen Congress die Zahl der Abonnenten inclusive des Unterhaltungsblattes „Die Neue Welt“ auf nahezu 100,000 angegeben werden konnte, so beläuft sich dieselbe jetzt nach den Wahlen, ohne „Die Neue Welt“, auf weit über 100,000. „Die Neue Welt“ selbst aber hat einen Abonnentenstand von 35,000, der von Woche zu Woche steigt. Nicht ohne Interesse dürfte es sein, die Zahl der Redacteure unserer Blätter und deren frühere Beschäftigungsart kennen zu lernen. Nicht selten machen unsere Gegner den lächerlichen Einwand, daß die geistige Führung der Socialdemokratie sich durchgehend in Händen von „verbummelten Genies“ aus den sogenannten besseren Ständen befindet. Literaten, die ihren Beruf verfehlt, dabongegagte Disziplin, verbummelte Studenten sollen es gewöhnlich sein, welche bei uns das große Wort führen und unter deren geistiger Leitung die Partei steht. Sehen wir zu, ob diese Behauptung wahr ist. Bei den oben angeführten 41 politischen Organen und dem Unterhaltungsblatt sind im Ganzen 44 Redacteure angestellt. Die geringe Zahl von Redacteuren erklärt sich theilweise dadurch, daß mehrere Blätter nur Zweigblätter sind, andererseits durch die große Zahl von Mitarbeitern an allen Ständen, deren sich eine ganze Reihe unserer Blätter erfreuen. Unter diesen 44 Redacteuren unserer Zeitungen befinden sich nach einer genauen Zusammenstellung: zwölf Literaten mit fast durchgehend akademischer Bildung, elf Schriftsetzer, vier Kaufleute, drei Schlosser, ein Maurer, ein Holzgerber, ein Hutmacher, ein Mechaniker, ein Cigarrenarbeiter, ein Zimmermann, ein Böttcher, ein Schuhmacher, ein Goldarbeiter, ein Buchbinder, zwei Schneider, ein Lehrer, ein Zeichner. — Thatsache also ist, daß über zwei Drittel unserer Prehbertreter direct aus dem Arbeitersland hervorgegangen sind und daß von jenen „unfauberen Elementen“, welche unsere Gegner so stark in unseren Reihen vertreten glauben, oder doch wenigstens zu glauben vorgeben, keine Rede sein kann. Lumpen suchen ihren Vortheil nicht bei den Verfolgungen, wohl aber bei den Verfolgern. Neben unseren Pressorganen mag der Vertrieb der Broschüren und des Kalenders „Armer Konrad“ hier noch Erwähnung finden. Was den Vertrieb der Broschüren betrifft, so wuchs derselbe von Monat zu Monat, und dringt die socialistische Literatur heute in Kreise ein, wo man es vor 2—3 Jahren kaum zu hoffen wagte. Als Beispiel sei hier erwähnt, daß von der Brack'schen Agitationschrift „Nieder mit den Socialdemokraten“ während des Wahlkampfes allein nahezu 100,000 Stück vertrieben worden sind. Der Kalender ist in einer Auflage von 50,000 Exemplaren erschienen und verkauft.

So erfreulich nun auch die Ausbreitung und Vermehrung unserer Presse ist, so muß doch an dieser Stelle vor allen übereilten Schritten und besonders vor solchen fundierten Unternehmungen gewarnt werden. Die Presse soll sein und ist unser bestes Agitations- und Kampfmittel, aber damit es dieses sein kann, muß dieselbe möglichst selbstständig und sichergestellt sein. Nicht aller Parteigenossen ist es deshalb, bevor sie an die Neubegründung von Parteiorganen herantreten, sich genau zu überzeugen, ob die Möglichkeit der Errichtung für das Blatt auch vorhanden, und vor Allem, ob zu dessen Leitung auch die geeigneten geistigen und wirtschaftlichen Kräfte vorhanden sind. Besser kein Blatt als ein solches, das den gestellten Anforderungen nicht entspricht.

Neben der Thätigkeit, welche die Parteigenossen auf dem Gebiete der mündlichen und schriftlichen Agitation entfalten haben, muß auch deren staunenswerther Opferwilligkeit gedacht werden. Das Wahlkampf, wie die am 10. Januar und bei den Stichwahlen, Geld kosten, versteht sich wohl von selbst und bedarf es darüber keiner langen Auseinandersetzungen, großartig

aber ist, was die deutschen Arbeiter aufgebracht haben, um auf der politischen Arena unter der Fahne des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechts ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen. Die hier beigefügte Bilanz der Hauptwahlklasse umfaßt den Zeitraum vom 11. August 1876 bis 30. April 1877, also acht und einen halben Monat, und weist dieselbe folgende Summen auf:

Bilanz (Abschluß).	
Einnahme.	
Regelmäßige Beiträge .....	M. 6019,15
Agitationsfonds .....	663,91
Unterstützungsfonds .....	2558,91
Wahlfonds .....	28327,55
Protokolle und Bücher .....	717,10
Durch Hadlich, Leipzig .....	5434,60
Durch Geib, „Wähler“, erste Rate .....	4330,97
Durch Geib, „Wähler“, zweite Rate .....	6165,41
<b>Summa M.</b>	<b>54217,60</b>
Ausgabe.	
Ständige Agitation .....	M. 12856,45
Zeitweilige Agitation .....	1285,85
Wahltagung .....	21784,77
Reichstag und Agitation .....	2521,50
Congress 1876 .....	500,43
Unterstützungen .....	5144,80
Verwaltung .....	6133,42
Deficit am 11. August 1876 .....	458,34
Raffenbestand .....	3582,04
<b>Summa M.</b>	<b>54217,60</b>

Diese Summen sprechen für sich selbst. Außerdem kommt aber in Betracht, daß hier nicht der vierte Theil dessen aufgeführt ist, was seitens der deutschen socialistischen Arbeiter beim Wahlkampf aufgebracht wurde. Wir verweisen hier auf die Abrechnungen der Centralwahlcomités der einzelnen Kreise, welche theilweise in den Parteiorganen erschienen sind und welche zusammengefaßt eine riesige Summe ergeben. Erwähnt sei hier nur der Abrechnung für den ersten schleswig-holsteinischen Wahlkreis (Altona), welche eine Einnahme von 23000 und eine Ausgabe von 30000 M. aufweist.

Ueber die Thätigkeit des Centralwahlcomités sei hier noch einiges erwähnt. Dasselbe hielt seit seiner Constituirung 67 officiële Sitzungen ab und wurden seitens des Secretariats 2208 Sendungen empfangen und 5724 Briefe und sonstige Sendungen erpedirt. Der Kassirer berechnete 3200 Einnahmen und 950 Ausgaben. Differenzen zwischen der Revisions- und der Schwerdecommission einerseits und dem Centralwahlcomité andererseits sind nicht vorgekommen, sowie auch im Großen und Ganzen keine wesentlichen Widersprüche gegen die Anordnungen des Centralwahlcomités erhoben wurden. Kleinere Differenzen und Meinungsverschiedenheiten natürlich ausgenommen.

Was die Organisation der Partei betrifft, so steht es in diesem Jahre noch genau so wie vor acht und einem halben Monat, als diese Angelegenheit auf dem Congress verhandelt und erörtert wurde. In Preußen ist die Organisation der Partei noch nicht entschieden, obwohl die VII. Deputation des Berliner Stadtgerichts bereits ihr Urtheil gesprochen, das die Angeklagten verurtheilt und die Partei aufgelöst hat. Der Prozeß vorläufig schwebt jetzt bereits seit 30. März vorigen Jahres und wenn es in demselben Tempo wie bisher fortgeht, dann ist alle Aussicht vorhanden, daß der Prozeß noch zwei Mal ins Land geht, bis Tessenborn mit der Vernichtung der angeblich geheim fortgeführten politischen Vereins, genannt „Socialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“, fertig wird. In Bayern ist die Auflösung der Partei in erster Instanz nicht ausgesprochen worden und wurden die Angeklagten freigesprochen. Da der Staatsanwalt appellirte, bleibt abzuwarten, ob nicht die zweite Instanz oder vielleicht gar der oberste Reichshof findet, daß die Richter erster Instanz sich geirrt und die Partei dann doch aufgelöst wird.

Daß trotz des Verbots unserer Organisation die Partei nicht nur nicht geschwächt ist, sondern überall neue Blüthen treibt und allwärts Boden gewinnt, das hat die letzte Wahl glänzend bewiesen und Tessenborn, der ja ein ganz brauchbarer preussischer Staatsanwalt sein mag, hat sich als sehr schlechter Prophet erwiesen, als er bei Verurtheilung des „Allgemeinen Arbeitervereins“ ausrief: Vernichten wir die socialistische Organisation und es existirt keine socialistische Partei mehr. Seit 4 Jahren zertheilt Herr Tessenborn alle und jede socialistische Organisation, und gerade in dieser Zeit blüht die socialistische Bewegung mehr auf als je zuvor. Herr Tessenborn seine segensreiche Thätigkeit noch lange fortsetzen.

Zum Schluß gestatten Sie mir noch auf die Opfer hinzuweisen, welche der heutige reactionäre Staat aus den Reihen der Socialdemokratie entlehrt hat. Die Zahl der Redner, welche in diesem Jahre verhaftet und mehr oder minder langen Haftstrafen bedacht wurde, ist verhältnismäßig nicht größer als in den vorausgegangenen Jahren; besondere Erwähnung verdient indeß die Verurtheilung von Bahlreich zu ein und einem halben Jahre Gefängnis wegen einer unbedinglichen Aeußerung in einer Rede.

Wenn aber die Redner verhältnismäßig glimpflich weggekommen sind, so wurde dagegen unsere Presse um so reichlicher bedacht. Erst vor wenigen Tagen veröffentlichte die „Chemnitzer freie Presse“ eine Zusammenstellung der ihren Redacteuren im Laufe dieses Jahres subincirtirten Gefängnisstrafen, und stellte sich da heraus, daß diese Strafen, nur in einem Jahre „bedient“, über 8 Jahre betragen. Ähnlich geht es allen übrigen Blättern. „Berliner freie Presse“ hat zwei Redacteure im Gefängnis sitzen, zwei Redacteure der „Berliner Volksstimme“ haben erst das Gefängnis nach achtmonatlicher Haft verlassen und nach „anderem Blatt“ kann Lebensgenossenschaft dazu stellen. So mühet die Reaction: Alles sucht sie zu zerstören, was wir schaffen, aber ihr Wüthen ist, wie die Erfahrung lehrt, fruchtlos, denn wenn man glaubt, einen Kämpfer für das Proletariat beseitigt zu haben, erscheint an dessen Stelle zwei und mehrere neue auf dem Kampfbah. Die Sache der Socialdemokratie ist die Sache des Volkes und deshalb unausrottbar wie dieses selbst. Im Vertrauen auf diese Lebenskraft arbeiten und kämpfen wir weiter und dieser Congress wird, so hoffen wir, eine wichtige Etappe in diesem Streben nach vorwärts bilden.

**Deutschland.**

Berlin, 10. Septbr. [Amilische.] Se. Majestät der König hat dem Königlich niederländischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an Allerhöchstem Hofe, von Rochussen, den Rothen Adlerorden erster Klasse, sowie dem Legationsrath de Teitz bei der Königlich niederländischen Gesandtschaft zu Berlin den Königlich Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat die Erlaubnis zur Anlegung der Ritter-Infanterie erster Abtheilung des Großherzoglich sächsischen Haus-Ordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken: dem Professor Wislicenus an der Kunstakademie zu Düsseldorf; — der Ritter-Infanterie zweiter Abtheilung desselben Ordens: dem außerordentlichen Professor Dr. Paul Ascheron an der Universität zu Berlin; — des Ehren-Ritterkreuzes erster Klasse des Großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig: dem Bauarch Dr. Schuber, Lehrer an der landwirthschaftlichen Akademie zu Poppelsdorf; — sowie des Ritterkreuzes des Königlich spanischen Ordens Isabella's der Katholischen: dem früheren Musikdirigenten Rudolph Daase zu Berlin ertheilt.

Berlin, 10. Sept. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfangt heute in Coblenz den Besuch Ihrer Königlich hohen Großerzogin von Hessen mit ihren Kindern.

© Berlin, 10. Septbr. [Postalisches.] — Krahngeleber. — Statistisches. Morgen Mittwoch tritt der Ausschuss des Bundesraths für Post- und Telegraphenwesen zusammen, um in die Beratung über den im Juli d. J. zu Paris vereinbarten Vertrag betreffend Gründung der Weltpostunion zu treten. — Aus kaufmännischen Kreisen ist über die Höhe der von den Eisenbahnverwaltungen in Anrechnung gebrachten Krahngeleber Beschwerde geführt worden. Die königlichen Eisenbahn-Directionen mit einer Revision der von ihnen festgesetzten Krahngeleber zu beauftragen, wobei von dem Höhepunkt auszugehen ist, daß die Gebühren die ungefähre locale Verhältnisse eine Abweichung begründen, sind für sämtliche vom Staat verwaltete Bahnen thunlichst übereinstimmende Beträge zu normiren. Die bezüglichen Ermittlungen sind in der nächsten gemeinsamen Konferenz der Staatsbahndirectionen zu erörtern und auf Grund derselben die entsprechenden Anträge zu stellen. — Da die bisher zu Zwecken des Post-Museums im General-Postamt in der Leipzigerstraße



kleine Räume sich als ungenügend erwiesen haben, so ist in der letzten Zeit eine Erweiterung der Räumlichkeiten für das Museum beschlossen. — Nach einer vom Kaiserl. statistischen Amt gegebenen Übersicht über die Production von Störkzucker im deutschen Reich während des Rechnungsjahres von 1877/78 wurden in 48 Fabriken, von denen in Preußen 38, zu Störkzucker verarbeitet 834,924 Centner Stärke. Daraus wurde Störkzucker gewonnen in fester Form 62,693 Ctr., Syrup 318,617 Ctr. und Couleur 24,615 Ctr. — Am 1. Januar d. J. stellte sich der Bestand der deutschen Seeschiffe nach amtlicher Nachweisung 1) auf 4469 Segelschiffe mit einer Tragfähigkeit von 934,565 Regierungstons und einer Besatzung von 12,659 Personen, 2) auf 336 Dampfschiffe mit einer Tragfähigkeit von 183,379 Regierungstons und einer Besatzung von 8173 Mann. Die Zahl der sämtlichen Schiffe betrug darnach 4805.

**Berlin, 10. Sept.** [Die Präsidentenwahl. — Das Socialistengesetz. — Der österreichische Handelsvertrag.] Seit dem Jahre 1866 hat hier keine parlamentarische Körperschaft eine Präsidentenwahl mit so unsicherem Ausgang gegenüber gestanden, als der gegenwärtige Reichstag, welcher morgen diese Wahl vornehmen wird. Zum letzten Male vorher war im Jahre 1861 ein Kampf um die Präsidentenwahl. Vor 12 Jahren gelang es dem Abgeordneten v. Bismarck nach dem dritten Wahlgang dem Präsidenten Gradow einen Sieg zu geben und zwar in der Person des Abg. von Forckenbeck, der seitdem ohne Unterbrechung Präsident des Abgeordnetenhauses blieb. Daß ihm morgen die Stimmen der Rechten und der Linken zu werden, ist zweifellos; ob er indessen trotz der dadurch erzielten Majorität, da ihm die Stimmen des Centrums fehlen werden, die Wahl annimmt, ist bis zu diesem Augenblicke noch nicht entschieden. Im Falle seiner Ablehnung werden sich, läßt sich noch gar nicht sagen, die Rechten und die Linken zu einer gemeinsamen Wahl vereinigen. Es fehlt nicht an Stimmen, welche dem Centrum nach seiner amtlichen Mitgliederzahl das faum zu befreitende Recht, auch eine Stelle im Präsidium zu beanspruchen, nicht verkürzen möchten; diese Ansicht bezieht sich aber durchaus in der Minorität. Das Centrum hat übrigens nur die zweite Vicepräsidentenstelle gewünscht. Hier und da war die Rede von der Wiederwahl des vorigen Präsidiums, doch hat eine solche wenig Aussicht. Ueberdies nimmt man in der nationalliberalen Fraktion Anstand, den Abg. v. Stauffenberg einer Wahl mit zweifelhaftem Resultate auszuweichen. Wenn die Abgeordneten v. Forckenbeck, v. Seydewitz und Fürst Hohenlohe-Kangenburg auch am meisten Aussicht auf die Wahl zum Präsidenten haben, so ist es doch sehr wahrscheinlich, daß das Resultat nicht ohne Stichwahlen zu Stande kommt und die Präsidentenwahl sich in unerwünschter Weise in die Länge zieht. Es ist eine unliebsame Folge des Umstandes, daß man sich bei uns noch immer nicht daran gewöhnen kann, die Präsidentenwahl, statt vom rein technischen Gesichtspunkte aus, bei dem es lediglich auf die Leitung der Geschäfte ankommt, in erster Reihe als politische Frage zu behandeln. Inzwischen bildet heute, wie sich denken läßt, das Socialistengesetz mit seinen Motiven den Gegenstand des Tagesgesprächs unter den Abgeordneten. Es wird doch vielfach anerkannt, daß der Entwurf diesmal durchgearbeitet und motiviert ist, und auf vielen Seiten ist man durchaus nicht geneigt, den Entwurf einfach abzulehnen. In der That, wie er vorgelegt ist, wird er in keiner Weise angenommen werden. Die Versuche, ihn annehmbar zu machen, werden sich in der Linie dahin bewegen, dem Richter einen größeren, wenn nicht ausschließlichen Spielraum zu verschaffen. Weder der Bundesrath, noch die Vorlage will, noch das Reichsamt für Vereinswesen und Presse, welches der preussische Antrag wollte, haben auf eine Majorität im Reichstage zu rechnen. Süddeutsche Abgeordnete denken an die Verwaltungsgerichte als die Recursinstanz oder an das Reichsgericht, bis zu dessen Schaffung das Reichs-Oberhandelsgericht zu substituieren wäre, doch sind dies Alles nur Annahmen, welche noch greifbare Gestalt zu gewinnen haben. Ganz dagegen ist schon jetzt anzunehmen, daß eine beschränkte Geltung für das Gesetz von 5 oder 3 Jahren aufgenommen werden wird. Die nachträglich bekannt wird, hatte übrigens schon im Plenum des Reichstages sich eine Stimme für eine Zeitbeschränkung des Gesetzes ausgesprochen, jedoch nur geringe Unterstützung gefunden. Es sei hier zugleich erwähnt, daß bei der Gesamtstimmung im Bundesrathe die Bevollmächtigten für Hessen und Rheinl. u. L. nicht gegen das Gesetz stimmten, sondern sich der Abstimmung enthielten. Ob übrigens die erste Lesung schon am Donnerstag beginnen wird, ist zweifelhaft, man den Fractionen Zeit lassen muß, Stellung dazu zu nehmen. Gleich nach der Constatierung des Hauses wird der Abg. Frischauf einen Antrag auf Entlassung des Abg. Hasselmann aus der Unterhandlungsgesellschaft einbringen. — Die sogen. „freie volkswirtschaftliche Vereinigung“ (Schützöller) wird in Kurzem zusammentreten und wird um unter Führung des Abg. Dr. Löwe (Bochum) eine Interpellation über den Stand der Verhandlungen bez. des österreichischen Handelsvertrages einzubringen.

[Der Zustand des Verbrechens Nobiling] hat sich nach der „Köln. Ztg.“ in den letzten beiden Tagen derart verschlimmert, daß man, nach ärztlichem Urtheil, binnen Kurzem zu erwarten hat. (Sveben, 4½ Uhr Nachm., geht uns die Nachricht zu, daß er gestorben ist.)

**Darmstadt, 10. Sept.** [Der Großherzog] ist heute früh aus England hierher zurückgekehrt, die Frau Großherzogin ist, um ihrer der Kaiserin einen Besuch abzustatten, in Coblenz zurückgeblieben.

**Wien, 10. Septbr.** [Anerkennung.] Die „Augsburger Allgemeine“ enthält eine vom Oberbürgermeister Fischer gezeichnete Mitteilung, in welcher Namens des deutschen Kronprinzen anlässlich des Besuchs seitens der Bevölkerung bereiteten Empfanges, insbesondere bezüglich der Haltung der Feuerwehre und der Kriegervereine, Dank und Anerkennung in den wärmsten Worten ausgesprochen werden.

## Deuterei.

**Wien, 9. Septbr.** [Vom Occupations-Schauplatz.] Die drei letzten Tage brachten uns eine Reihe guter Nachrichten von dem Schauplatz des „tatsächlich ausgebrochenen Krieges“: allein nur eine derselben können wir eine ganz reine ungetrübte Freude nennen. Der Einmarsch in Trebinje ist ohne Blutvergießen erfolgt, nachdem die türkische Garnison des Castells dort gegen Hussein Pascha und zur Vernunft zurückgekehrt sein, weshalb sie denn auch wohl die Waffen entsaften und nach Ragusa zur Einschiffung für die Türkei dirigiert sein mag. Damit hält Oesterreich denn nun wohl auch den Süden der Herzegowina fest in der Faust: die Montenegriner werden einen gesunden Schreck bekommen haben; und es bleibt noch eben nur noch abzuwarten, wie die albanesische Ligue von Pristina sich zu den Vorgängen in jener Gegend stellen wird. Daß die albanesische Ligue dort ohnmächtig ist, hat denn doch wohl die Ermordung Mehmed Ali in Spet, dieser grauenhafte Nachtrag zu der Verhinderung der osmanischen Behörden in Moskar vor einem Monate, der Sultan ist allerdings nicht so „loyal“, wie

unser Officiöses es nennen, das Charakter an sich zu vollziehen; aber die Erhebung voll religiösen und nationalen Fanatismus, vor der wir in Bosnien stehen, ist auch etwas ganz anderes als eine künstlich aufgeblasene Puppe, die man von Konstantinopel aus nach Belieben steuern oder fallen lassen könne. Das zeigt sich recht deutlich an unseren Kämpfen in Bosnien. Nachdem wir drei Wochen gebraucht, um bis Serajewo vorzudringen, sind andere drei Wochen verstrichen, während wir den Aufmarsch der Verstärkungen vollzogen, deren namentlich Szapary zur Wiederaufnahme der Operationen benutzte. Setzt aber sind es doch die Infurgenten der Posavina, die den Angriff beginnen. Allerdings weist Szapary ihre Offensivblutigkeit zurück und treibt sie in das Spreathal; allein dort machen sie halt „in größerer Zahl“ und auch die Kaiserlichen haben schwere Verluste erlitten — ja vorübergehend muß die Communication der Hauptarmee durch das Bosnathal unterbrochen gewesen sein; denn Szapary hat dieselbe bei Magloj „wieder hergestellt“ und besetzt. Ebenso sind die anderen Siege ja an sich gewiß sehr erfreulich und rühmlich: aber das ist denn doch unverkennbar, daß ihre bloße Nothwendigkeit verräth, in welcher Täuschung wir befangen waren, als wir die, jetzt erst behaupteten Gegenden längst gründlich pacifiziert glaubten. Bihac, an beiden Ufern der Unna, liegt von unserem kroatischen Grenzdorfe Javolje nur eine halbe Meile entfernt: und doch hat Generalmajor Jach in harter Attacke bisher nur ein Paar Forts der ausgebreiteten, aber rapid versallenden Festung auf einer Insel inmitten des Flusses erobert, vor der seit den Tagen Sulejman's des Prächtigen bis auf die Ewigkeit so oft österreichisches Blut geflossen! Kljuc, d. h. „Schlüssel“, an der Sanna, bildet mit seiner Bergseite wirklich den Schlüssel jener Gebirgsgegend, die vor drei Wochen der Herzog von Württemberg als Triumphator über Vacar, Bafus und Sajce bis Travnik durchzog. Seitdem haben die Infurgenten sich dort wieder in solcher Stärke concentrirt, daß Brigadier Samek in blutigem Ringen sie nur theilweise aus ihren Positionen zu delogiren vermochte.

## Frankreich.

**\* Paris, 9. Septbr.** [Ein lesenswerthes Document] ist folgender Brief, welchen der Unterpräfet von Carpentras auf eine Beschwerde des Superior's der dortigen Dominicaner, Herrn Ducoupray, daß jeder seiner Brüder, der mit der Eisenbahn eintreffe, auf dem Bahnhofe von der Polizei um seinen Namen, seine Papiere u. s. w. befragt werde, gerichtet hat:

„Carpentras, den 4. September 1878. Herr Ducoupray! Ich habe nicht die Ehre, den Superior der Dominicaner von Carpentras zu kennen. Da der Orden des heiligen Dominicus in Frankreich nicht erlaubt ist, so ist nur seine Geschichte, diese aber leider nur allzu gut, bekannt. Sie beklagen sich darüber, daß Ihre Geistlichen sich vor dem Polizei-Commissar über ihre Identität auszuweisen hätten, und berufen sich auf Ihre Eigenschaft als französische Bürger und Wähler. Sie vergessen, daß Sie in Frankreich nicht Soldaten, mithin unvollständige Bürger sind und sich als solche einer größeren Zurückhaltung befleißigen sollten. Sie haben hier ein Haus inne, in welchem gegen die Vorschriften des Artikels 291 des Strafgesetzbuchs mehr als zwanzig Personen sich gesondert wohnen, um sich mit religiösen Angelegenheiten zu beschäftigen. Jeder Tag führt in Ihre Anstalt Personen in fremder Tracht, welche kommen, übernachten, wieder abreisen, ohne daß das Haus, wo alles das geschieht, der Controle der Gendarmen oder Hotels garnis unterworfen wäre. Die Thüren Ihrer Anstalt öffnen sich Tag und Nacht für Ceremonien, die ebenfalls keiner Aufsicht unterliegen. Unter diesen Umständen hätten Sie der Regie kein Verlangen, sich wegen einer Ueberwachung zu beschweren, gegen die sonst Niemand Einsprache erhebt. Obgleich Sie einer internationalen Gesellschaft angehören, die keine französische ist, stehen Sie hier doch unter der Regierung der Republik, welche im Namen des Gesetzes der Gleichheit aller Achtung zu verschaffen weiß. Ich bitte Sie, das nicht zu vergessen. Ihre Beschwerde kann ich daher nicht für eine ernsthafte ansehen. Sie sind und bleiben den Gesetzen unterworfen, welche für alle französischen Bürger gelten. So oft die Polizei es für nöthig halten wird, Ihnen und Ihren Genossen Ihre Papiere abzufordern, werden Sie dieselben vorweisen müssen, widrigenfalls gegen Sie wegen Landstreicherei und Betteln verfahren werden wird. Ich mache Ihnen ferner bemerken, daß das Gesetz die geistlichen Benennungen, hinter denen man Schlechthaberei von allerlei Leuten verbergen kann, nicht kennt. Ich glaube Ihnen eröffnen zu müssen, daß ich auf Ihre sonderbare Beschwerde die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft lenken werde, welche sie in mehr als einem Betracht interressirt wird. Ihre ungeschickliche Stellung macht Ihre Beschwerde noch sonderbarer. Ich muß Ihnen auch sagen, daß meine Aufmerksamkeit auf ein gewisses, im vorigen Monate abgehaltene Tribunal gelenkt worden ist, zu dessen Schluß einer Ihrer Genossen einen wahren Kreuzzug gegen die Republik angedeutet haben soll. Ich bitte Sie hierüber um Aufklärung. Sollte die Sache sich belästigen, so würde ich mich genöthigt sehen, entschieden gegen Leute einzuschreiten, welche die Toleranz, die man ihnen zu Theil werden läßt, mißbrauchen, um die Regierung der Republik anzugreifen. Empfangen Sie die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.“

Der Unterpräfet, Gabened.“ [Der Congreß für gewerbliches Eigenthum] nahm in seiner zweiten, von dem Senator Bozorian präsidirten Sitzung die wichtige Frage der Erfinderpapente in Angriff. Ist das Recht des Erfinders ein absolutes Eigenthumsrecht, ein natürliches und ursprüngliches Recht, welches die Gesetzgebung nur zu constatiren, nicht aber erst zu schaffen hat? Um diese Frage bewegte sich die Discussion. Zwei Resolutionen trafen Lager vor. Der eine, von den Herren Lyon-Caen, Pouillet, Drog und Genossen eingebracht, erklärte bejahend, das Recht der industriellen Erfinder an ihren Werken, oder der Fabrikanten an ihren Marken ist ein Eigenthumsrecht, welches von dem bürgerlichen Rechte nicht geschaffen, sondern nur reglementirt wird; der andere erachtete hingegen das Recht des Erfinders als eine dem Willkürsinn des Gesetzgebers, welcher dieses Recht mit dem der Gesellschaft durch ein zeitweiliges Monopol in Einklang zu bringen suchte, entzogene Thatsache. Nach einem einbringlichen Plaidoyer des Herrn Limouzin wurde die Resolution Lyon-Caen angenommen, desgleichen ferner der Zusatz, daß die Ausländer in Bezug auf das Erfinderrecht mit den Nationalen auf gleiche Stufe gestellt werden müßten. Ein Vertreter der Schweiz, Herr Zmer, entwickelte zwar den Standpunkt des Gesetzes der Eigenschaft, nach welchem jene Rechtswohlthat den Ausländern nur unter Voraussetzung der Reciprocität bewilligt wird; einer der Secretäre des Congresses, Herr Clunet, vertrat aber die liberalere Lösung, die denn auch durchging.

[Gegen öffentliche Hinrichtungen.] Ein Schrei des Unwillens geht durch die gesamte Presse, durch den „Temps“, das „XIX. Siècle“ und das „Siècle“ ebenso, wie durch den „Figaro“, die „Assemblée nationale“ und die „Epafette“ über die scandaösen Vorgänge, welche die gestrige Doppelhinrichtung auf dem Place la Roquette begleitet haben. Einstimmig wird anerkannt, daß das System der öffentlichen Hinrichtungen sowohl aus allgemein moralischen, als aus rechtphilosophischen und humanitären Gründen zu verwerfen ist. Die Einen verlangen als das geringste Zugeständniß an den Geist der Zeit die intramurane Hinrichtung, wie sie in anderen Ländern Brauch ist und bei den Garantien, mit denen man sie umgibt, alle Vortheile der öffentlichen Vollstreckung ohne deren gestern wieder so grell hervorgetretenen Nachteile bietet. Die Anderen gehen noch weiter und erklären der Guillotine als einem Richtwerkzeuge den Krieg, welches die Anwendung der Todesstrafe zu einer bestialischen Schlächtere herabwürdigt. Der gestrige Fall war in der That ganz außergewöhnlich grausenerregend. Das Blut Barré's verspritzte und ergoß sich nicht nur über das Schaffot, sondern auch über das ganze Henkerpersonal, und Lebiez, der unmittelbar darauf das Gerüst bestieg, welches man nicht einmal flüchtig zu reinigen sich die Zeit nahm, trat recht eigentlich vor eine Schlachtabank und sah von dem Henkerbelle das Blut seines Genossen noch in dicken Tropfen herabträufeln, daß es sich mit dem seinigen vereinigte. Der „Figaro“ z. B. verlangt also einen schmerzlosen, oder jedenfalls unblutigen Vollstreckungsmodus, etwa mittelst Blausäure, oder mit

Hilfe der Elektricität. Daß endlich die absoluten Gegner der Todesstrafe, wie der „Kappel“, aus der gestrigen Episode nur Beweismomente für ihre Anschauung schöpfen, braucht kaum gesagt zu werden. Praktisch werden diese Erörterungen wahrscheinlich die Folge haben, daß die Regierung sich neuerdings, wie sie schon einmal unter dem Ministerium Jules Simon gethan hat, ernstlich die Frage vorlegen wird, ob die öffentliche Hinrichtung nicht in der That ein überwundener Standpunkt, ein nicht mehr haltbares Postulat der älteren Criminalistenschule geworden ist, eine Frage, die übrigens, wie es heißt, auch durch die Initiative von Abgeordneten auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden soll.

## Provincial-Beitung.

**Breslau, 11. Septbr.** Wie das „Mil.-Wchbl.“ meldet, ist von der Gräben, Oberst a. D., zuletzt Commandeur des Schles. Mannen-Regiments Nr. 2, mit der Erlaubniß zum ferneren Tragen der Uniform des genannten Regiments zur Disposition gestellt.

\*\* [Herr Dr. C. Bruch,] der bewährte Director des hiesigen statistischen-Bureaus, ist gestern im Alter von 38 Jahren gestorben.

**Δ Steinau a. D., 10. Sept.** [Amtsgericht. — Präparanden-Prüfung. — Turnverein.] In letzter Sitzung der Herren Stadtoberordneten bewilligte die Versammlung einstimmig die Ueberlassung und Einrichtung der erforderlichen Localitäten im Rathhause für das neue Amtsgericht und erklärte sich mit der von Seiten des Herrn Directors in Aussicht gestellten Entschädigung resp. Miete einverstanden. Wie wir erfahren, behält Steinau drei Amtsrichter und dürfte demnach gerade unser Ort bezüglich des Gerichtspersonals keine bedeutende Veränderung erfahren. — Zu der diesjährigen Aufnahme-Prüfung, welche hieselbst unter dem Vorsitz des Provinzial-Schulraths und Regierungsraths Herrn Rante abgehalten wurde, hatten sich 44 Präparanden gemeldet (darunter 10 aus der königlichen Präparanden-Anstalt in Schmiedberg und 7 aus der Waisenhaus-Präparanden-Klasse zu Steinau a. D.). Von den 43 zur Prüfung erschienenen Examinanden konnten nur 14 als genügend vorbereitet bezeichnet werden; 16 als ziemlich genügend vorbereitet — sollen probeweise ins Seminar aufgenommen werden. Die übrigen 13 bestanden die Prüfung nicht. — In letzter Generalversammlung des hiesigen Turnvereins wurden die — von einer Commission entworfenen Statuten — unter sehr unbedeutenden Abänderungen in ihrer Fassung angenommen und unterschrieben. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstands-Wahl wurden die meisten Herren wiedergewählt. Die Zahl der activen Turner variiert zwischen 24 und 30, von denen circa die Hälfte die Uebungsstunden regelmäßig besuchen. Der Verein zählt gegenwärtig 82 Mitglieder und entsendet eine anerkennenswerthe Nährkammer.

**t. Landeshut, 10. Septbr.** [Rath. Kirchmauer. — Kartoffelernte.] Da die kath. Kirchmauer-Angelegenheit endlich ihrem Austrage entgegen geben sollte, indem der durch den Gemeindevorstand des Wohnortes aufgebrauchte Fonds zur Deckung der Kosten, um die uneheliche Mutter abzugeben und durch einen gefälligen Zaun zu versehen, bis auf den geringen Betrag von 50 Mark vorhanden ist, auch die Stadtverwaltung bereitwilligst bis zu 600 Mark ihre Unterstützung zugesagt hat, macht nun plötzlich der kath. Kirchenvorstand der Gemeinde-Betreuung ganz unerwartete Schwierigkeiten und seine Genehmigung von so kleinlichen Formalitäten abhängig, daß die Absicht hervorzuheben scheint, das mit so vielen Wäthen in Angriff genommene Werk scheitern zu lassen. Die kath. Gemeinde-Betreuung wird sich daher genöthigt sehen, sich an das fürstbischöfliche Commissariat in Breslau zu wenden, wo sie hoffentlich mehr Verständnis für die Anforderungen des Zeitgeistes finden wird. — Auch in unserem Kreise hat sich die Kartoffelernte gezeigt und bei der jetzt begonnenen Ernte die Hoffnungen mancher kleinen Leute zu nichte gemacht.

**□ Gleiwitz, 9. Septbr.** [Tageschronik.] Heute früh gegen 6 Uhr wurde von Hüttenarbeitern, welche auf dem Wege zur Arbeit die Promenade passirten, in der Nähe der Niedziella'schen Scheuer die Leiche eines unbekannten, ziemlich gut gekleideten Mannes aus der Klobniz gezogen. Auf dem rechtsseitigen Ufer der Klobniz, gegenüber der Zister'schen Wohnung, fand man einen schwarzen Leichnam, welcher, wie später ermittelt wurde, dem Entseelten gehörte. Der Leichnam, an dem Spuren äußerer Gewalt nicht wahrzunehmen waren und welcher nachträglich als der des hiesigen Drochfischer Johann Drzymota recognoscirt wurde, ist in die Leichenkammer des hiesigen Krankenhauses geschafft worden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Verunglückte, welcher seit zwei Tagen krank war, heute Nacht gegen 2 Uhr seine Wohnung verlassen und scheint derselbe im Fieberwahn in die Klobniz gesprungen zu sein. D. hinterläßt eine Frau und zwei unmündige Kinder. — Vorgestern wurde die Leiche eines in Klein-Wilms bei Tost gefangenen, aus 6 Mitgliedern bestehende Räuberbande Albert Nowak, Franz Cebulla, Leopold Domrowolski, Anton Strypulek, Heinrich Rother und Carl Kachel, welche im hiesigen Gerichtsgefängnis internirt waren, unter einer Escorte von 2 Gendarmen und 3 bewaffneten Transporteuren nach Beuthen O.S. gebracht und an das dortige Gerichtsgefängnis abgeliefert. Die öffentliche Verhandlung der Sache vor dem Schwurgericht wird am 14. d. M. stattfinden.

**Berlin, 10. Septbr.** [Börse.] Bei Beginn des heutigen Geschäftes war die Haltung der Börse eine schwache und folgte letztere in der Coursebewegung den Wiener Meldungen. Dort hatten die neueren Nachrichten von der Occupationarmee eine intensive Verunsicherung hervorgerufen, die in stärkeren Rückgängen der Speculationspapiere ihren Ausdruck gewann. Hier entwickelte sich aber zu den herabgesetzten Notirungen eine, wenn auch an sich nur schwache, immerhin doch aber beachtenswerthe Kauflust, so daß im weiteren Verlaufe die Stimmung eine Besserung erfuhr und im Großen und Ganzen hinseitswegs matt genannt werden kann. Deutscherische Credit-Actien fanden verhältnismäßig regere Beachtung. Franzosen und Lombarden blieben vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen blieben fast ganz geschäftlos und erfuhr daher auch im Allgemeinen nur ganz unbedeutende Courseveränderungen. Galizier und Oester. Nordwestbahn ließen etwas nach. In einer ziemlich gebückten Haltung bewegten sich die localen Speculat.-Effecten, von denen nur Laurac. eine festere Physiognomie trugen. Disconto-Comm.-Anth. gingen in der Notiz etwas zurück, theilweise sich aber nur in sehr geringem Maße am Verleber. Letztere notiren ultimo 136,50 bis 136,75, Laurabhütte ultimo 73,50—4,10—73,75. Eine ausgeprochen matte Stimmung hatte auf dem Gebiete für ausländische Staatsanleihen Platz gegriffen und besonders zeichnete sich in dieser Hinsicht die ungarische Goldrente aus. Trotz des sehr geringen Geschäftes ließen fast sämtliche hiesiger gehörigen Werthe in den Notirungen nach. Russische Werthe behaupteten sich besser, 5% Anleihe per ultimo 83½—83¾, Russische Noten per ultimo 212. Preussische Fonds gingen etwas reger um, andere deutsche Staatspapiere dagegen ebenso, wie die Eisenbahn-Prioritäten, einen sehr schwachen Verkehr aufzuweisen. Letztere Gattung von Papieren trug theilweise auch einen schwächeren Charakter. Auf dem Eisenbahnactienmarkte stagnirte der Verkehr fast ganz und fehlte es durchaus an jeglicher Kauflust. Das Angebot, obgleich es keineswegs dringlich auftrat, hatte doch Courseinbuße im Gefolge. Stargard-Posen und Rheinische B. nicht ganz unbelebt. Halberstädter niedriger. Halle-Sorauer gedrückt. Rumänem ermattend. Von Stamm-Prioritäts-Actien erfreuten sich nur Halle-Sorauer einiger Bevorzugung. Banactien blieben fast absolut geschäftlos. Berliner Handelsgesellschaft besser, Thüringer zu herabgesetzter Notiz ziemlich fest. Industriepapiere wenig belebt. Danberg Densfabrik besser, Glauzig Zuckersabrik sog etwas an, Greppiner Werke gingen dagegen zurück, Zoologische Garten-Obli. billiger erhältlich, Continental-Pferdebahn matter, Große Pferdebahn-Actien und Obligationen sehr belebt, erstere steigend. Pluto sog etwas an, Actienfischen behauptet. Lauchhammer schwach.

Um 2½ Uhr: Matt. Credit 417½, Lombarden 125½, Franzosen 445, Reichsbank 156,40, Disconto-Commando 136½, Laurabhütte 73,90, Türken 13,25, Italiener 73,75, Deutscher. Goldrente 62,30, do. Silberrente 54,90, do. Papierrente 53,—, 5procentige Russen 83,50, neue —, —, Köln-Minener 107,75, Rheinische 110,—, Bergische 78,75, Rumänien 32,50, Russische Noten 211,50.

Course (nur für Posten). Oester. Silberrent.-Sp. 175,— bez., do. Eisenb.-Sp. 174,50 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 40 & t. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,18 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,17,50 bez., do. Papier-Doll. 4,14 bez., 6% New-York-Stadt 4,17,50 bez., Russ. Central-Boden min. 20 & Paris, do. Papier u. verl. min. 75 & t. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 & Warschau, Russ.-Engl. conf. verl. 20,65—68 bez., Russischer Zoll 20,65—68 bez., 22er Russen 20,30 bez., Große Russische Staatsbahn 20,40 bez., Russ. Boden-Credit 20,30 bez., Warschau-Wiener-Comm. 20,20 bez., 8% Rumänische St.-Anl. —, —, Warschau-Teresopol —, —, 3% u. 5% Lombard. min. 15 & Paris, Dierse in



